

Erneute Einwanderungstragödie in Almeria und den Kanarischen Inseln

Mindestens 23 Menschen haben vor einigen Tagen ihr Leben an der Küste von Almeria verloren bei dem zwangsläufigen Versuch heimlich in unser Land einzuwandern. Diesen muss man - außer dem Verschwinden von anderen 12 MigrantInnen - andere sechs Tote hinzurechnen, die ums Leben kamen durch die Auswirkungen des Tropensturms Delta während der Überquerung zwischen Marokko und den Kanarischen Inseln.

Es handelt sich um eine Tragödie, in der die meisten Menschen ihr Leben verloren haben im Laufe des Jahres 2005 (17 Tote in Fuerte Ventura im Oktober). Bei der Fortsetzung dieses Dramas krampft sich unser Herz zusammen und wir solidarisieren uns mit den Opfern und ihren Familien. Ihr einziges Vergehen war die Suche nach einer würdigeren Zukunft. Das schlimmste was passieren kann ist, dass die Gesellschaft unsensibel gegenüber dieser Tragödie wird, die schon alltäglich geworden ist. Uns gehen die Worte aus und unsere Entrüstung staut sich auf wegen der Hartnäckigkeit, mit der die Regierung und die EU das Phänomen der Einwanderung nur aus der Perspektive der Kontrolle und Unterdrückung der MigrantInnen angehen. Sie haben unsere Küsten in Gräber verwandelt, Ceuta und Melilla in Mauern der Scham und unser Land in ein Revier von Afrika. Es war nicht das Unwetter oder die Kälte, die diese Personen getötet hat. Es war diese Politik, ungerecht und unterdrückerisch, der EU und der Regierung, die soviel Unglück, soviel Leiden und so viele Tote mit sich bringt. In der Tat, die Ausdehnung des SIVE(Integrierter Überwachungsdienst der Meerenge) auf weite Teile der andalusischen Küste hat dazu geführt, dass die Zahl der Boote, die an unseren Stränden ankommen zurückgegangen ist (wie der Innenminister in einem Interview, das heute veröffentlicht wurde, prahlerisch bekannt gibt), aber es veranlasst zu gefährlicheren Umwegen dieser Boote wie sich heute zeigt und zusätzlich hat es zum Verschwinden von Tausenden von Personen vor den Zäunen von Ceuta und Melilla geführt. Gleichzeitig hat diese Politik bewirkt, dass ein großer Teil dieser Todesfälle bei den Versuchen einzuwandern auf dem Gebiet von Marokko oder der Sahara stattfand. Von Seiten der andalusischen Menschenrechtsorganisation (APDHA) können wir nichts anderes tun als uns mit dem marokkanischen Volk zu solidarisieren, das unter einem despotischem und korruptem Regime leidet, welches alle finanziellen Ressourcen (die marokkanischen und die als Entwicklungshilfe kommen) zur Bereicherung einer Kaste verwendet, die im Schatten des Regimes und des Königshauses lebt.

Ein Regime, welches außerdem von der spanischen Regierung, der EU und den Vereinigten Staaten gehätschelt wird trotz der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Ein Regime, welches als einzige Alternative seinem Volk die Auswanderung lässt und die kürzlich, durch das Auswanderungsgesetz 03/02 erheblich eingeschränkt wurde und dadurch, dass Marokko akzeptiert hat, sich in den (gut bezahlten)Gendarmen der Europäischen Union zu verwandeln wie man ganz offensichtlich bei den Ereignissen in Ceuta und Melilla beobachten konnte.

Dass die schlimmste Tragödie der heimlichen Einwanderung an den spanischen Küsten genau mit dem Gipfeltreffen in Barcelona zusammenfällt, kann nichts anderes als eine tragische Ironie sein. Ein Prozess, der vor zehn Jahren eröffnet wurde mit Absichten, die nicht wenige Hoffnungen erweckten, kann nicht mehr entmutigt werden als dadurch, dass der Mittelmeerraum nicht zu einer Situation des Friedens und der Stabilität fortgeschritten ist. Im Gegenteil haben die Konflikte zugenommen und die Instabilität und die Ungleichheit zwischen Nord und Süd ist gewachsen mit allen dramatischen Konsequenzen, die das mit sich bringt, besonders für die Bevölkerungen des Südens: illegale Auswanderung, Hunger und Unterdrückung.

Zusammenfassend hat sich der Abgrund zwischen den zwei Ufern vertieft. Viele Intellektuelle und Gruppen haben sich dafür ausgesprochen, dass der Euro - Mediterrane Gipfel der Staats- und Regierungschefs effektive und konkrete Mittel beschließen sollte, um von den Regierungen des südlichen Ufers demokratische Fortschritte und den vollen Respekt der Menschenrechte zu verlangen. In der selben Art sollte man die Wirtschafts - und Entwicklungspolitik zwischen Nord und Süd substanziell verändern, damit eine ausgewogene, nachhaltige und fortschreitende Entwicklung der Ökonomien des Südens garantiert wird.

Und logischerweise, gerade haben wir in Almeria und den Kanarischen Inseln von Nahem das menschliche Drama der heimlichen Einwanderung erneut beobachten können - welches auf dem Gipfel bedeutsamer Weise überhaupt kein Echo gefunden hat - sollte dieses zu einer Umorientierung der Migrationspolitik geführt haben, die auf der rigorosen Einhaltung der Menschenrechte, der persönlichen Würde des Migranten und des unveräußerlichen Rechtes, das ihnen zusteht, ein besseres Leben zu suchen.

Das macht einen fundamentalen Wechsel in der Migrationspolitik notwendig, die bisher auf Verhinderung und Unterdrückung beruht. Deshalb kann die Europäische Union nicht anstreben, dass

sie die Länder des südlichen Ufers in Auffanggebiete verwandelt werden, wo man Abschreckung und Unterdrückung einer Wanderungsbewegung praktiziert, für die sie zum Teil verantwortlich ist. In Solidarität mit den Opfern und mit der Forderung nach einem Richtungswechsel der Migrationspolitik und der Außenbeziehungen, in Solidarität mit dem marokkanischem Volk und der Gesamtheit der afrikanischen Völker ruft die andalusische Menschenrechtsorganisation (APDHA) die soziale Bewegung zu einer Kundgebung der Solidarität und Ablehnung auf

GENUG MIT DEN TOTEN!

EIN ANDERE(S) MITTELMEER(RAUM) IST MÖGLICH!

FÜR EIN(EN) MITTELMEER(RAUM) MIT FRIEDEN; GERECHTIGKEIT; GLEICHHEIT